

Sturzprävention im Hochbau: Übersicht über die rechtlich relevanten Vorgaben für die sturzrelevanten Bauteile

Kanton ZG

1. Für alle Hochbauten Relevantes

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2022)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Allgemeine Sicherheitsvorschrift gemäss Baupolizeirecht (für alle Bauteile)	<ul style="list-style-type: none"> § 17 <u>Kantonales Planungs- und Baugesetz (PBG)</u>: Die gemeindlichen Bauvorschriften legen die gemeindlichen Planungsmittel und Zonen fest. Sie bestimmen die in den einzelnen Zonen zulässige Nutzung, die Bauweise und Baudichte, die Gestaltung der Bauten und Anlagen der Freiräume und der Landschaft, regeln die Erschliessung und den ruhenden Verkehr, usw. § 8 <u>Kantonale Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (V PBG)</u>: Bauten und Anlagen sind nach den anerkannten Regeln der Baukunde und Technik zu erstellen. <p>Damit wird generell das Schutzziel «sichere Baute» postuliert.</p>	Technische Normen können wegen der benutzten Gesetzgebungstechnik (Generalklauselmethode) beachtet werden (Ermessensspielraum).	Für Norm-Lücken bzw. beim Fehlen von Normen können Empfehlungen von Fachorganisationen relevant werden.
Beleuchtung insbesondere gemäss Gesundheitspolizeirecht	<p>§ 6 Abs. 1 V PBG: Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume müssen eine lichte Höhe von mindestens 2,40 m und eine Fensterfläche von insgesamt je mindestens 10 % der Bodenfläche aufweisen.</p> <p>§ 6 Abs. 2 V PBG: Räume mit Dachschrägen haben auf einer Bodenfläche von mindestens 8 m² eine lichte Höhe von 2,40 m aufzuweisen.</p>	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.

2. Zusätzlich Relevantes für Hochbauten, die hindernisfrei sein müssen

Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)	<ul style="list-style-type: none"> § 10a Abs. 1 PBG: Öffentlich zugängliche Bauten und Anlagen im Sinne des einschlägigen Bundesrechts sind so zu gestalten, dass sie auch für Behinderte zugänglich und benutzbar sind. § 10a Abs. 2 PBG: Gebäude mit mehr als acht Wohneinheiten sowie Bauten und Anlagen mit mehr als 50 Arbeitsplätzen sind so zu gestalten, dass sie auch für Behinderte zugänglich sind. Bei den Wohneinheiten müssen die Mehrheit der Wohnungen und bei den Arbeitsplätzen sämtliche Plätze im Innern an deren Bedürfnisse anpassbar sein. § 10a Abs. 3 PBG: Die Anforderungen gemäss Abs. 1 und 2 sind bei Neubauten und Erneuerungen im Sinne des einschlägigen Bundesrechts zu erfüllen, sofern keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen oder der Aufwand für die Anpassung nicht unverhältnismässig ist. 	<p>Die Normen über das behindertengerechte Bauen sind wegleitend. Sie sind verhältnismässig anzuwenden (damit zur Zeit die Norm SIA 500:2009)</p> <ul style="list-style-type: none"> Beleuchtung: SIA 500 (Kapitel 4 Orientierung und Beleuchtung) Bodenbeläge: SIA 500 (Anhang B.1 Eignung von Bodenbelägen, Begehbarkeit und Gleitsicherheit) 	Empfehlungen von Fachorganisationen können für Norm-Lücken relevant werden.
-------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2022)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)	<ul style="list-style-type: none"> § 43 V PBG: Die Normen über das behindertengerechte Bauen sind wegleitend für die baulichen Anforderungen an die Bauten und Anlagen. Die Normen sind verhältnismässig anzuwenden. <u>Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG)</u> <u>Verordnung des Bundes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsverordnung, BehiV)</u> 	<ul style="list-style-type: none"> Treppen: SIA 500 (Kapitel 3.6.3. Erkennbarkeit und Markierung, Kapitel 3.6.4. Handläufe) Geländer / Brüstungen: SIA 500 (Kapitel 3.4.5. Abschränkungen) Sanitärräume: SIA 500 (Kapitel 10.2. Toiletten, Bäder, Duschen) 	
3. Zusätzlich Relevantes für bestimmte Nutzungsarten von Hochbauten			
Mit Mitteln der Wohnraumförderung erstellte altersgerechte Bauten	<ul style="list-style-type: none"> Insbesondere Art. 5 <u>Eidgenössisches Wohnraumförderungsgesetz (WFG)</u>: Bei der Förderung ist darauf zu achten, dass c. der Wohnraum und die unmittelbare Umgebung den Bedürfnissen von Familien, Kindern und Jugendlichen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen. <u>Merkblatt BWO Gestaltung von altersgerechten Wohnbauten vom Juli 2013</u> 	Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Das BWO-Merkblatt jedoch nimmt generell Bezug auf die Norm SIA 500 (Kap. 9 und 10) sowie für den Bauteil Beleuchtung auf die SN/EN 12464-1.	Empfehlungen von Fachorganisationen (z.B. die im BWO-Merkblatt explizit genannten Fachdokumentationen) können für Norm-Lücken relevant werden.
Alters- und Pflegeinstituten	<ul style="list-style-type: none"> § 27 Abs. 1 lit. a und c <u>Kantonales Gesundheitsgesetz (GesG)</u>: Die Betriebsbewilligung wird Pflegeheimen und weiteren Einrichtungen mit stationärer Langzeitpflege erteilt, wenn der Betrieb unter anderem den angebotenen Leistungen entsprechend eingerichtet ist und eine geeignete Qualitätssicherung eingeführt bzw. umgesetzt hat. § 41 <u>Kantonale Gesundheitsverordnung (GesV)</u>: zu den infrastrukturellen Zulassungskriterien für eine Betriebsbewilligung für Pflegeheime gehören unter anderem (lit. a) zweckmässige und sichere Verkehrswege und (lit. b) zweckmässige Patientenzimmer (stationäre Institutionen). 	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.
Kitas, Kindergärten und Schulen	<p>Sichere Gebäude für Volksschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Gemäss § 69 <u>Kantonales Schulgesetz</u> sind die Schulträger verpflichtet, die notwendigen Unterrichtsräume und Anlagen sowie das erforderliche Schulmobiliar zur Verfügung zu stellen. 	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2022)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Kitas, Kindergärten und Schulen	<p>Sichere Gebäude für Kitas:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 15 Abs. 1 lit. d <u>Eidgenössische Pflegekinderverordnung</u>: Die (Betriebs-) Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Einrichtungen den anerkannten Anforderungen der Wohnhygiene und des Brandschutzes entsprechen. • <u>Kantonales Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung</u>: gemäss § 4 erteilt der Gemeinderat eine Betriebsbewilligung für private Angebote, sofern nicht bereits eine Bewilligung aufgrund der eidgenössischen und der kantonalen Pflege- und Adoptionsverordnung vorliegt. Die Bewilligung wird erteilt, sofern bestimmte Qualitätsanforderungen, die der Regierungsrat festgelegt hat, erfüllt sind. • Die <u>Kantonale Verordnung zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung</u> und deren <u>Anhang</u> regeln dann im Detail die Qualitätsanforderungen an Kitas. Bezüglich Räume wird unter anderem genügend Tageslicht verlangt. 		
Hochbauten mit Arbeitsplätzen	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Verordnung 3 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u>: <ul style="list-style-type: none"> • Art. 14 Bodenbeläge • Art. 15 Beleuchtung • <u>Verordnung 4 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 9 Treppen • Art. 12 Geländer und Brüstungen • <u>Wegleitung SECO zu dieser Verordnung</u> 	<p>Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Die SECO-Wegleitung jedoch nimmt generell Bezug auf verschiedene Normen, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die SN/EN 12464-1 für die Beleuchtung • die DIN 51130 und DIN 51097 für die Bodenbeläge 	<p>Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bzw. von Unklarheiten der Wegleitung relevant werden.</p>

Detailliertere Erläuterungen dazu entnehmen Sie bitte der BFU-Fachdokumentation 2.034 «Rechtliches zur Sturzprävention im Hochbau» (bfu.ch > Bestellen & herunterladen > 2.034).